



EWSA info

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss
Eine Brücke zwischen Europa und der organisierten Zivilgesellschaft
Dezember 2016 | DE



EDITORIAL Zeit der Hoffnung, Zeit des Friedens

Weitreichende und langfristige Projekte wie die Europäische Union gehen durch Höhen und Tiefen. Ihre Stärke kann mit dem Demokratiebarometer gemessen werden, durch das die Menschen ihren Grad der Zufriedenheit mit ihren Spitzenpolitikern und Regierungen ausdrücken.

Entgegen allen Erwartungen stimmte das Vereinigte Königreich für den Brexit und gewann Donald Trump die Präsidentschaftswahlen in den Vereinigten Staaten.

Die Bürgerinnen und Bürger haben ihren Willen kundgetan, und obwohl die Ergebnisse Anlass zu Sorge geben mögen, müssen wir jetzt den Blick nach vorne richten. Die Auswirkungen dieser beiden Ergebnisse sind noch nicht ganz abzusehen, aber eines ist sicher: Europa muss sich mit dieser neuen Realität abfinden und eine konstruktive Antwort darauf finden.

Doch wie lässt sich das Vertrauen der Bürger in das Projekt Europa zurückgewinnen? Für mich besteht kein Zweifel daran, dass die Antwort in der Zivilgesellschaft und ihrer Fähigkeit zur Bewältigung von Veränderungen liegt. Genau hier setzen alle positiven Handlungen an. Wir müssen die Bürger in den Mittelpunkt rücken und von ihnen lernen. Nehmen wir z. B. die Terroranschläge und die Migrationskrise. 2016 wird als das Jahr dieser schrecklichen Taten und eines Rekordzustroms von Migranten und Flüchtlingen nach Europa in Erinnerung bleiben. Um es erneut zu sagen: hier stand die Zivilgesellschaft an vorderster Front. Ganz normale Menschen und Organisationen haben Außergewöhnliches für Menschen geleistet, die alles verloren hatten und von Leid und Hoffnungslosigkeit geprägt waren. In allen Mitgliedstaaten gibt es eindrucksvolle Beispiele des Mitgefühls.

In diesem Jahr stand die Kommunikation über Migration im Mittelpunkt des EWSA-Medienseminars der Zivilgesellschaft: ausgeleuchtet werden sollte die Frage, wie die Medien in Europa die Reaktionsweise der Öffentlichkeit auf die Krise beeinflusst haben. Wir hoffen, mit diesem Seminar einen Beitrag zur Entwicklung eines konstruktiveren Ansatzes durch Austausch von Fachwissen und bewährten Verfahren geleistet zu haben. Auch der EWSA-Preis der Zivilgesellschaft 2016 wird die herausragendsten Aktionen zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen und Migranten in Europa würdigen. Die fünf Gewinner (Artemiszió-Stiftung – Ungarn; Dionysis Arvanitakis und ILIAKTIDA-Griechenland; SOS Mittelmeer – Deutschland; SOS Racismo Gipuzkoa – Spanien) werden auf der EWSA-Plenartagung am 15. Dezember für ihre Erfolge ausgezeichnet.

Es ist äußerst wichtig, dass wir all diese vorbildhaften Taten aus Europa bekannt machen und sie verbreiten, um ein echtes Netzwerk humanitärer Hilfe über Grenzen hinweg aufzubauen. Effizient zu kommunizieren ist wichtiger denn je. Business as usual reicht heute nicht mehr aus. Wir müssen der Öffentlichkeit veranschaulichen, wie wir das Leben der Bürgerinnen und Bürger verbessern. Der EWSA will diese Menschen und ihre Bemühungen zeigen und bekannt machen. Denn mit Menschen dieser Art besteht Hoffnung für Europa.

Gonçalo Lobo Xavier

Vizepräsident des EWSA, zuständig für Kommunikation

Europa muss mehr für die Verbraucher tun, so der EWSA

Der EWSA fordert in drei wichtigen Stellungnahmen zu **Geoblocking, Roaming und Paketdiensten** die Europäische Kommission auf, ihre Vorschläge zu ändern, um den Binnenmarkt für die Verbraucher Wirklichkeit werden zu lassen.

Seines Erachtens dürfte der Vorschlag der Kommission zum **Geoblocking** kaum der Frustration der Verbraucher und Unternehmen entgegenwirken. Er empfiehlt, gleiche Ausgangsbedingungen für den Online- und den Offline-Handel zu schaffen, indem Hindernisse für den grenzüberschreitenden Verkauf und Kauf von Waren und Dienstleistungen abgebaut werden. Die EU muss die großen Unterschiede zwischen den industriepolitischen Ansätzen

und Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten angehen.

Hinsichtlich des **Roaming** hegt der Ausschuss ernsthafte Bedenken in Bezug auf die im Kommissionsvorschlag vorgesehene Möglichkeit der Betreiber, neben den regulierten Preisen (für die eine Obergrenze gilt) eine Preisbildung auf der Vorleistungsebene auszuhandeln. Das Problem besteht darin, dass eine „innovative Preisbildung auf der Vorleistungsebene“ neben den regulierten Preisen nicht direkt an tatsächlich verbrauchte Volumina geknüpft zu sein scheint und die Verhandlungen die Gefahr von Absprachen und Missbrauch seitens marktbeherrschender Betreiber bergen. Darüber hinaus könnten den Verbrauchern aufgrund der durch die

Abschaffung der Roaminggebühren sinkenden Einnahmen womöglich allgemein höhere Inlandstarife ins Haus stehen. Daher plädiert der EWSA für Präventivmaßnahmen und eine größere Transparenz, damit die Verbraucher genau die Einzelheiten ihrer Telefonrechnung kennen.

Die Tarife für die **grenzüberschreitende Zustellung von Paketen**, die von Online-Händlern in einem anderen Mitgliedstaat versandt werden, können bis zu fünfmal höher ausfallen als die entsprechenden Inlandstarife. Diese Unterschiede lassen sich nicht auf zusätzliche Kosten im Bestimmungsland zurückführen und halten die Verbraucher davon ab, Käufe in anderen Mitgliedstaaten zu tätigen. Nach Auffassung des EWSA sollte die Kommission den Paketzustelldiensten strenge Fristen zur Senkung ihrer Tarife vorgeben und drohen, Tarifobergrenzen festzusetzen, sofern sie ihrer Aufforderung zur Senkung keine Folge leisten. (cad/dm)

Maßnahmen der EU zur Bekämpfung der Geldwäsche müssen sich auf alle Hochrisiko-Drittländer erstrecken

In der am 14. Juli veröffentlichten Liste der Hochrisiko-Drittländer, die verstärkten Sorgfaltspflichten unterliegen, fehlen viele der Länder, die im Verdacht stehen, als Steueroasen für Geldwäsche zu fungieren, insbesondere die in den „Panama Papers“ genannten Länder. In seiner Stellungnahme zu dem Vorschlag für eine neue Geldwäschereichtlinie der EU schlägt der EWSA vor, dass entweder eine neue Liste von Hochrisikoländern aufgestellt oder der Geltungsbereich der Maßnahmen ausgeweitet wird.

Auf der EWSA-Plenartagung schlug der EWSA-Berichtersteller Javier Doz Orrit (ES - Gruppe Arbeitnehmer) auf der

Dezember-Plenartagung darüber hinaus vor, dass „*Abkommen über Freihandel und Wirtschaftspartnerschaft ein Kapitel über Maßnahmen gegen Geldwäsche, Steuerbetrug und Steuerumgehung enthalten*“ sollten. Der EWSA verabschiedete zwei Stellungnahmen zur Bekämpfung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und Steuerhinterziehung. In den Stellungnahmen werden ein europäisches Bankkonto-Zentralregister, mehr Transparenz in Bezug auf die Profiteure von Unternehmen und Trusts, Maßnahmen gegen unlauteren Steuerwettbewerb, Maßnahmen gegen die Anonymität von Finanztransaktionen, die mit Prepaid-Karten ausgeführt werden, und eine engere

Kontrolle durch die Zusammenarbeit der Zentralstellen für Verdachtsmeldungen gefordert.

„Die rechtliche Behandlung aller Delikte im Zusammenhang mit Geldwäsche, Steuerbetrug, Korruption und der Finanzierung des Terrorismus und seiner Verbindungen sollte auf europäischer Ebene angeglichen werden, ebenso wie die Strafen wegen eines Verstoßes gegen die Geldwäschereichtlinien“, so Petru Sorin Dandea (RO - Gruppe Arbeitnehmer), Berichtersteller der EWSA-Stellungnahme zum Zugang von Steuerbehörden zu Informationen zur Bekämpfung der Geldwäsche. (mm)

Das 10. Medienseminar der Zivilgesellschaft fand mit Rekordbeteiligung in Wien statt

Das 10. Medienseminar der Zivilgesellschaft fand am 24./25. November 2016 in der Diplomatischen Akademie in Wien statt und stieß auf großes Teilnehmerinteresse sowohl bei Vertretern der Zivilgesellschaft als auch bei Diplomaten und internationalen Organisationen sowie Journalisten. Unterstützt wurde das Seminar vom Informationszentrum der Vereinten Nationen in Wien, der EU-Grundrechteagentur, dem österreichischen Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres, dem slowakischen EU-Ratsvorsitz und der Stadt Wien. EWSA-Präsident Georges Dassis nahm an der Eröffnungsveranstaltung teil, EWSA-Mitglied Georgi Stoev, die Gruppenvorsitzenden Luca Jahier und Gabriele Bischoff sowie der Fachgruppenvorsitzende Pavel Trantina beteiligten sich aktiv an den Podiumsdiskussionen und EWSA-Vize-Präsident Gonçalo Lobo



Xavier übernahm die Begrüßung und das Resümee. Die Debatten standen unter dem Schwerpunktthema „Migration kommunizieren“ und fanden in vier Diskussionsforen statt, in denen es um die Themen Migranten-Schleusertum, Rolle der Medien, soziale Integration und Rolle der politischen Entscheidungsträger ging.

Bei dieser Zusammenkunft von Experten, Rednern mit einer persönlichen Verbindung zum Thema, Fachjournalisten und Vertretern der Zivilgesellschaft kam es mit engagierter Beteiligung des Publikums zu lebhaften Debatten über neue und etablierte Erkenntnisse sowie zu einigen bewegenden Momenten. Der EWSA plant die Veröffentlichung einer Broschüre mit den interessantesten und wichtigsten Beiträgen und den wesentlichen Schlussfolgerungen, die Anfang 2017 über das EWSA-Internetportal abrufbar sein wird. (sma)

BITTE VORMERKEN

IN DIESER AUSGABE

14./15. Dezember 2016, Brüssel
EWSA-Plenartagung

15. Dezember 2016, Brüssel
Verleihung des Preises der Zivilgesellschaft

2 Der EWSA befürwortet einen Finanzierungsmechanismus, um Beaching zu stoppen

2 Preis der Zivilgesellschaft des EWSA zum Thema Migration: Auszeichnung inspirierender und erfolgreicher Beispiele menschlicher Solidarität

3 Madi Sharma schreibt ein Buch, damit sieben Milliarden Ideen verwirklicht werden können



Konferenz von EWSA und ILO zur Zukunft der Arbeit



Von links nach rechts: ILO-Generaldirektor Guy Rider, EWSA-Präsident Georges Dassis und EU-Kommissarin Marianne Thyssen auf der Pressekonferenz zur Zukunft der Arbeit

Am 15./16. November 2016 führten der EWSA und die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) in Brüssel einen hochrangigen Dialog über die **Zukunft der Arbeit**. Daran nahmen über 300 Vertreter der europäischen Sozialpartner und der Zivilgesellschaft teil. EWSA-Präsident Georges Dassis, der kürzlich wiedergewählte ILO-Generaldirektor Guy Ryder und Kommissionsmitglied Marianne Thyssen ergriffen in der Eröffnungssitzung das Wort.

Die europäischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer stehen vor großen Herausforderungen, die sich aus der zunehmenden Globalisierung ergeben. Dazu gehören atypische Beschäftigungsformen und ein weit reichender technischer Wandel, die sich auf das Wesen der Arbeit auswirken. Die Vergabe von Unteraufträgen, Selbstständigkeit, Null-Stunden-Verträge, unregelmäßige Arbeitszeiten und Online-Tätigkeiten durch Vermittlungsdienste werden

zunehmend zu Alltagsorgen sowohl der Arbeitnehmer als auch der Arbeitgeber in Europa. Laut dem Frühjahrs-Eurobarometer 2016 ist die Arbeitsplatzsicherheit ein großes Problem für die europäischen Bürgerinnen und Bürger, und 47 % der Europäerinnen und Europäer glauben in Bezug auf die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Arbeitsplätze, dass „das Schlimmste noch bevorsteht“.

Im Mittelpunkt der Podiumsdiskussionen der Konferenz standen die Themen Arbeit und Gesellschaft, eine sich wandelnde Arbeitsorganisation und veränderte Arbeitsbedingungen sowie Auswirkungen technologischer Innovationen und der Globalisierung auf die Arbeitsplätze und Regelung der Arbeit. Die auf der Konferenz gefundenen Lösungen werden in die Jahrhundertinitiative der ILO zur Zukunft der Arbeit einfließen. (cad)

Erklärung des Präsidenten zur Grundrechtssituation in der Türkei

Im Anschluss an die außerordentliche Präsidiumssitzung vom 10. November 2016 gab der Präsident folgende Erklärung ab.

Die aktuelle Situation hinsichtlich der Wahrung der Grundrechte in der Türkei erfüllt mich mit größter Sorge.

Der Versuch einer gewaltsamen Machtergreifung ist ein Verbrechen, das mit aller Entschiedenheit verurteilt werden muss. Dennoch darf ein versuchter Staatsstreich keinesfalls als Rechtfertigung dienen, um die Achtung der Grundrechte auszusetzen.

Darüber hinaus ist es zutiefst beunruhigend, dass Bürgern, Organisationen der Zivilgesellschaft, Journalisten und gewählten Politikern – obwohl sie diesen versuchten Staatsstreich nicht unterstützten und obwohl Beweise für ihre Beteiligung fehlen – bestimmte Freiheiten verwehrt werden. Es ist zwingend erforderlich, dass die Türkei ihre Verpflichtungen insbesondere aufgrund der Europäischen Menschenrechtskonvention erfüllt, indem sie sicherstellt, dass die Normen des Europarates und die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Bezug auf die Menschenrechte auch im Rahmen der mit dem Ausnahmezustand gerechtfertigten Notstandsdekrete gewahrt bleiben.

Ich appelliere an die türkische Staatsmacht, diese Krise auf andere Weise zu überwinden: Es liegt im Interesse der Türkei selbst wie auch ihrer Bevölkerung und ihrer künftigen Beziehungen zur Europäischen Union, entschlossen und zielgerichtet den Weg zu einer friedlichen und pluralistischen Gesellschaft fortzusetzen – einer Gesellschaft, in der mit Ausnahme von Aufrufen zur Gewalt jeder Gedanke frei zum Ausdruck gebracht werden kann, in der Meinungs- und Vereinigungsfreiheit einschließlich des Rechts auf öffentlichen Protest oder auf Teilnahme an einem Streik ohne Wenn und Aber gelten und in der alle Teile der Zivilgesellschaft, und zwar auch Minderheiten jeglicher Art, ohne Furcht leben und ihre Meinung äußern können. Meiner Ansicht nach ist dies die beste Möglichkeit, um jegliche Gefahr für das Land endgültig zu bannen, die Bevölkerung über ihre Vielfalt hinweg zu einen und den Beitritt zur Europäischen Union auf wirklich effektive Weise vorzubereiten.

Georges Dassis

Bürgerenergie: Chancen und Herausforderungen für die EU

Prosumenten sind die neuesten Akteure auf dem hochkomplexen Energiemarkt von heute. Darunter sind Einzelpersonen, Haushalte oder Genossenschaften zu verstehen, die – häufig auf der lokalen Ebene – sowohl Energie produzieren als auch verbrauchen. Zur Energieerzeugung kommen dabei etwa Mini-Turbinen, Photovoltaikanlagen, Solarpaneele oder Wärmepumpen zum Einsatz.

In seiner Stellungnahme zum Thema „Bürgerenergie und Energiegenossenschaften“ weist der EWSA auf die

Notwendigkeit hin, Regelungen für die Beteiligung dieser neuen Akteure am Markt zu schaffen, um ihre Entwicklung zu fördern und auch, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden.

Prosumenten produzieren Energie für den Eigenbedarf, erzeugen oftmals jedoch einen Überschuss. Für diesen Energieüberschuss gilt es Lösungen zu finden, insbesondere durch die Förderung der Energiespeichertechnologie und eine stärkere Vernetzung der europäischen

Preis der Zivilgesellschaft des EWSA zum Thema Migration: Auszeichnung Beispiele menschlicher Solidarität

Die Rekordzahl von 283 Bewerbungen für den diesjährigen Preis der Zivilgesellschaft des EWSA zum Thema Migration hat deutlich gemacht, dass Migration und Integration von Flüchtlingen nach wie vor ein breites Tätigkeitsfeld und ein großes Anliegen der europäischen Zivilgesellschaft ist. Mit dem Preis 2016 sollen inspirierende Modellprojekte ausgezeichnet werden, die ein Vorbild für menschliche Solidarität in Europa sind und vor Ort wirklich etwas bewirkt haben.

Der EWSA nahm fünf Bewerbungen – aus Ungarn, Deutschland, Spanien und Griechenland – in die engere Wahl für den Europäischen Preis der Zivilgesellschaft 2016 zum Thema Migration. Mit dem diesjährigen Preis sollen Organisationen und Einzelpersonen ausgezeichnet werden, die mit ihrer Arbeit dazu beigetragen haben, das Leben von Migranten zu verbessern und deren Eingliederung in die europäische Gesellschaft zu fördern.

In die engere Wahl kamen u. a.:

- **SOS Méditerranée**, ein Projekt unter deutscher Federführung, mit dessen Hilfe 5 000 Schiffbrüchige gerettet werden konnten,
- **Dionysis Arvanitakis**, ein griechischer Bäcker, der Brot und Gebäck an Tausende von hungrigen und verzweifelten Flüchtlingen in Not verteilt,
- **SOS Racismo Gipuzkoa – Gipuzkoako SOS Arrazakeria**, ein spanisches Projekt, das dafür sorgt, dass Tausende Anwohner und Migranten buchstäblich gemeinsam an einem Tisch essen und einander verstehen, und
- **Stiftung Artemisszió** und **Iliaktida**, zwei Projekte, die als Pioniere in Ungarn und Griechenland Migranten unterstützen und ihnen bei ihrer Integration in die Gesellschaft helfen.

Die ausgezeichneten Projekte werden bei einem Festakt am 15. Dezember im Rahmen der EWSA-Plenartagung in Brüssel bekanntgegeben. Die ausgewählten Projekte teilen sich ein Preisgeld in Höhe von 50 000 Euro als Anerkennung für ihre Arbeit. Ihre Projekte erhalten dadurch den dringend benötigten Impuls, damit noch mehr Menschen geholfen werden kann. Der erste Preisträger erhält das höchste Preisgeld. Der in diesem Jahr zum achten Mal verliehene Preis der Zivilgesellschaft wird jedes Jahr in einem wichtigen Tätigkeitsbereich des EWSA vergeben. (mr/sk/jk)



Der EWSA befürwortet einen Finanzierungsmechanismus, um Beaching zu stoppen

Beaching ist eine Methode zum Abwracken von Schiffen auf Stränden in Ländern, in denen es nur schwache oder gar keine Arbeitnehmerrechte und Sicherheitsvorschriften gibt und ein 12 - 16stündiger Arbeitstag mit schätzungsweise 3 EUR entlohnt wird.

Für EWSA-Mitglied Martin Siecker (NL – Gruppe Arbeitnehmer), Vorsitzender der Fachgruppe Binnenmarkt, Produktion, Verbrauch (INT) und Berichterstatter für die Initiativstellungnahme des EWSA zum Thema „**Das Abwracken von Schiffen und die Recycling-Gesellschaft**“, ist dies ein unhaltbarer Zustand: „Wir müssen dieser gefährlichen Arbeit, bei der die Ärmsten der Armen ausgenutzt und tagtäglich in Lebensgefahr gebracht werden, ein Ende bereiten. Die EU steht in der moralischen Pflicht, sich auch in Drittländern für die Grundrechte der Arbeitnehmer stark zu machen.“

Der EWSA drängt die Europäische Kommission, strengere Rechtsvorschriften vorzulegen, in denen die Verantwortung und Pflicht der Schiffseigner festgelegt ist, für ein korrektes Abwracken ihrer Schiffe zu sorgen und fordert die Anwendung des Verursacherprinzips. „Wenn Europa möchte, dass seine Schiffe auf verantwortungsvolle Weise abgewrackt werden, sollte es auch dafür sorgen, dass die damit verbundenen Kosten in den Betriebskosten des Schiffs berücksichtigt werden“, betont Co-Berichterstatter Richard Adams (UK - Beratende Kommission für den industriellen Wandel, Kategorie 2).



Die EU-Verordnung über das Recycling von Schiffen, die ab 2018 gelten wird, stellt hohe Anforderungen an Abwrackeinrichtungen für Schiffe, die die Schiffseigner jedoch leicht durch die Übertragung des Eigentums oder ein einfaches Ausfliegen zu einem Nicht-EU-Land umgehen können. Der vom EWSA vorgeschlagene Finanzierungsmechanismus könnte die Schiffseigner jedoch davon abhalten, sich ihrer Verantwortung zu entziehen, denn wenn ihre Schiffe nicht in einer Einrichtung abgewrackt werden, die auf der Liste der Einrichtungen mit EU-Zulassung steht, können sie das eingezahlte Geld nicht zurückfordern und bezahlen somit jedenfalls einen Preis. (sma)



Regionen, die jeweils unterschiedliche Energieerzeugungs- und -verbrauchsprofile aufweisen.

Der EWSA ist der Auffassung, dass Bürgerenergie ein zentrales Element einer aktiven Politik zur Verringerung der Energiearmut und zum Schutz sozial schwacher Gruppen sein sollte. Außerdem könnte sie einen Beitrag zur Stärkung der regionalen Wirtschaftsentwicklung sowie zur Lösung einer Reihe von Problemen im Zusammenhang mit der Bevölkerungsalterung und der Seniorenwirtschaft leisten. Der Einbindung der Organisationen der Zivilgesellschaft und der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften kommt dabei eine Schlüsselrolle zu. (cad)

Ja zum Handel sagen und besser über die Inhalte kommunizieren Lehren aus dem CETA

Dilyana Slavova (BG – Gruppe Verschiedene Interessen), Vorsitzende der Fachgruppe Außenbeziehungen des EWSA

Handel ist gut. Fairer und transparenter Handel ist noch besser. Der Mensch hat seit jeher Handel betrieben. Der Handel war die Haupttätigkeit der prähistorischen Völker, die noch vor der Erfindung moderner Währungen Waren und Leistungen untereinander tauschten.

Betrachten wir dagegen weitreichende internationale Handelsabkommen, wird die Sache schon etwas komplizierter. Die Geschichte der Freihandelsabkommen, die Geheimhaltung der Verhandlungen und die durchgesickerten Informationen über die aktuelle Einigung führen dazu, dass Misstrauen und Argwohn massiv an Boden gewinnen.

Das jüngste Beispiel ist das umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA). Es erforderte die Zustimmung aller EU-Mitgliedstaaten. Nachdem am 28. Oktober ein Konsens erzielt wurde, stimmten die 28 Mitgliedstaaten der EU dem Abkommen zu.

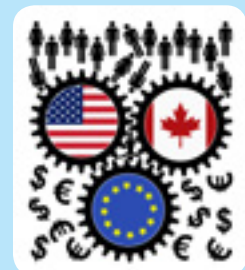
Doch einige EU-Bürgerinnen und Bürger haben diese Lüge nicht hingenommen. Die Wallonen sind nicht die Einzigen, die das CETA ablehnen. 3,4 Millionen europäische Bürger haben eine Petition gegen das CETA unterzeichnet, und es gibt mehr als 2 000 „TTIP- und CETA-freie Zonen“ in Europa. Diese Stimmen sollten nicht überhört werden. Wir müssen die Sorgen der Menschen ernst nehmen und transparent handeln.

Daher muss unbedingt ein besserer Weg zum Umgang mit Freihandelsabkommen gefunden werden. Es sollten sowohl die EU-Mitgliedstaaten als auch die einzelstaatlichen Regierungen einbezogen und die Stimmen der organisierten Zivilgesellschaft gehört werden. Die EU muss aus dieser bitteren Erfahrung eine weitere Lehre ziehen: Transparenz ist ein unbedingtes Erfordernis, insbesondere vor dem Hintergrund der laufenden Verhandlungen über das Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten. Transparenz muss das Kernstück aller Handels- und Investitionsabkommen bilden,

während des gesamten Ratifizierungsprozesses müssen demokratische Grundsätze eingehalten werden.

Die Debatten rund um das CETA haben ein grundlegendes Problem bei der Kommunikation über den Handel ans Licht gebracht. Es ist eine Illusion zu glauben, dass wir den Handel in der heutigen vernetzten und globalisierten Welt einstellen und unsere Märkte abschotten können. Technologischer Wandel, Innovation und Automatisierung sind nicht aufzuhalten. Was wir heute brauchen, ist eine Gestaltung der Handelsliberalisierung nach unseren Werten und ihre Anpassung an die Erwartungen der europäischen Bürger. Das Aushandeln von Handelsabkommen liegt in der Verantwortung der EU, da wir durch die Gewährung des Zugangs zum großen EU-Markt einen besseren Zugang zu ausländischen Märkten erhalten. Die Mitgliedstaaten sollten jedoch gemeinsam mit der EU intensiver an der Umsetzung von Handelsabkommen arbeiten und Anpassungsmaßnahmen entwickeln, die den Herausforderungen der einzelnen Mitgliedstaaten in den Bereichen Sozialpolitik, Infrastruktur und Innovation besser Rechnung tragen. Die Vorteile des Handels sind diffus und nicht sofort spürbar, während die negativen Folgen einer Öffnung des Handels u. U. abrupt sind und unmittelbar zum Tragen kommen können. Die EU-Mitgliedstaaten sollten wieder in echten Kontakt zu ihren Bürgerinnen und

Bürgern treten und über Handelsabkommen (einschließlich ihrer Werte, potenziellen Vorteile und Herausforderungen) aufklären, damit sich die organisierte Zivilgesellschaft an dieser Debatte beteiligen kann.



Aus dem CETA sollten rasch die richtigen Lehren gezogen werden. Dies ist eine Chance für die Entscheidungsträger in der EU, einen Neuanfang in der EU-Handelspolitik zu machen und spätere Handelsabkommen transparent und demokratisch zu verhandeln. Das bedeutet eine möglichst frühe und umfassende Einbeziehung der Regierungen, der Parlamente und der Öffentlichkeit. So wäre es möglich, die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger Europas zu gewinnen.

Wenn ein derart umfassendes Abkommen angestrebt wird, müssen alle, die davon betroffen sein werden, Mitspracherecht haben. Das dürfen wir nicht vergessen. So funktioniert Demokratie.

EWSA: Rechtsstaat und Grundrechte müssen besser geschützt werden

Die EU ist mehr als nur ein gemeinsamer Markt, sie ist eine Union gemeinsamer Werte, die die europäische Identität ausmachen. Zu diesen Werten gehören die Menschenwürde, Freiheit, Gleichheit, Solidarität und die Grundsätze der Charta der Grundrechte der Europäischen Union.

Zwar ist es eine Voraussetzung für den Beitritt zur EU, diese Rechte, Freiheiten und Grundsätze zu achten, aber wenn sie in einem Mitgliedsstaat unter Beschuss geraten, gibt es keinen Mechanismus für ihre Durchsetzung. In einer neuen Stellungnahme empfiehlt der EWSA, einen weiteren Schritt zu einer angemessenen Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie zu machen.

Der EWSA ist der Auffassung, dass Artikel 51 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union dahingehend geändert werden sollte, dass ein rechtsverbindlicher Mechanismus geschaffen wird, um die Legalität, Hierarchie der Vorschriften, Rechtssicherheit, Gleichheit,

Diskriminierungsfreiheit, den freien Zugang zu Gerichten und fairen Verfahren, die Verhinderung von Gesetzesmissbrauch und Willkür seitens der öffentlichen Behörden, die Gewaltenteilung, die Achtung und den Schutz des politischen Pluralismus, den Schutz der Minderheiten und sozialer und sexueller Verschiedenheit sowie die Achtung der Meinungs- und Pressefreiheit überwachen zu können. So könnten Schwachstellen ermittelt und Abhilfemaßnahmen verlangt werden.

Um die Zusammenarbeit zwischen den EU-Organen und den Mitgliedstaaten bei der Verteidigung der demokratischen Werte zu erleichtern, sollte außerdem ein Pakt für Demokratie geschlossen werden. Der EWSA könnte gemeinsam mit Organisationen der Zivilgesellschaft jährlich ein Forum organisieren, auf dem die Situation in den EU-Mitgliedstaaten unter die Lupe genommen wird und Vorschläge ausgearbeitet werden, um Verstöße zu beheben oder zu vermeiden. (cad)

Wir dürfen die ländlichen Gebiete nicht sterben lassen!

Zwanzig Jahre nach der ersten Erklärung von Cork organisierten der EWSA und der Ausschuss der Regionen (AdR) am 9. November eine gemeinsame Konferenz, um über die neue Strategie der Europäischen Kommission für die Entwicklung des ländlichen Raums zu beraten, die an die Cork-2.0-Erklärung anknüpfen wird.

„Wenn wir jungen Menschen keine Perspektiven bieten, weil wir nicht in die Infrastruktur und in Wachstum und Arbeitsplätze im ländlichen Raum investieren, verlieren wir unser wertvollstes Kapital, unsere Jugend - und das wäre dann der Anfang vom Ende der ländlichen Gebiete“, so Brendan Burns (UK - Gruppe Arbeitgeber), Vorsitzender der EWSA-Fachgruppe Landwirtschaft, ländliche Entwicklung, Umwelt.

Doch 20 Jahre nach der von der ersten Konferenz geforderten gerechteren Aufteilung der öffentlichen Ausgaben und Investitionen hat sich die Schere zwischen ländlichen und städtischen Gebieten noch weiter



geöffnet, und Schuld daran sind nicht zuletzt auch die schrumpfenden Fördermittel für den ländlichen Raum. Der EWSA fordert einen starken territorialen Ansatz, bei dem die gegenseitigen Vorteile für Stadt und Land im Mittelpunkt stehen.

EWSA-Präsident Georges Dassis unterstrich sein Engagement für die Lebensfähigkeit ländlicher Gebiete, die auch für die Verwirklichung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung bedeutsam sind. „Es ist höchste Zeit, dass sich alle interessierten Kreise zu einer strategischen Allianz zusammenschließen und etwas unternehmen, um das Potenzial der ländlichen Gebiete besser zu nutzen. An dieser Allianz sollten sich nicht nur der AdR und der EWSA, sondern auch das Europäische Parlament beteiligen.“ (sma)

Der EWSA trat auf der COP 22 für eine zentrale Rolle nichtstaatlicher Akteure in der Klimapolitik ein



Die COP 22 fand vom 7. bis 18. November 2016 in Marakesch (Marokko) statt. Das auf der COP 21 geschlossene Übereinkommen von Paris (das am 4. November 2016 in Kraft trat) enthält das langfristige Ziel, die Erderwärmung auf deutlich unter 2°C gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen.

Die Umsetzung des Übereinkommens von Paris wird sich auf das Leben aller EU-Bürger positiv auswirken. Der Weg von Paris zu einer Niedrigemissionswirtschaft ist eine enorme

Herausforderung und der EWSA sieht den Klimaschutz in erster Linie als Chance zur Schaffung neuer Geschäftsmöglichkeiten und Arbeitsplätze und zur Steigerung der Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger der EU.

Als Beobachter in der offiziellen EU-Delegation nahm der EWSA an der COP 22 teil, um das Konzept für ein neues Klimagovernancemodell zu voranzutreiben, in dem nichtstaatlichen Akteuren eine wesentliche Rolle zukommt.

Mit diesem Ziel haben der EWSA und seine Partner – der AdR, das Comité 21 France (C21F) und die OECD – beschlossen, gemeinsam auf die Schaffung eines neuen internationalen Klimabündnisses für die Multi-Level- und Multi-Stakeholder-Governance hinzuwirken, damit die Zivilgesellschaft den Platz im Klimaschutz einnehmen kann, der ihr gebührt. (mr)

Erste Sitzung des Gemischten Beratenden Ausschusses der Zivilgesellschaft EU-Chile

Am 4./5. Oktober 2016 trat der Gemischte Beratende Ausschuss (GBA) der Zivilgesellschaft EU-Chile, der gemäß dem Assoziierungsabkommen (AA) EU-Chile eingerichtet worden war, zu seiner ersten Sitzung zusammen – ganze elf Jahre nach dem Inkrafttreten des AA.

Den gemeinsamen Vorsitz im GBA führen EWSA-Mitglied Lidija Pavić-Rogošić (HR - Verschiedene Interessen) und Miguel Santibañez, Koordinator des chilenischen NGO-Netztes „Acción“. Gegenstand der ersten Sitzung war die Festlegung des Auftrags und der Aufgaben des GBA, die Abfassung seiner Geschäftsordnung und die Aufstellung eines gemeinsamen Arbeitsprogramms mit Themen von beiderseitigem Interesse.

Der langerwartete GBA kommt zu einem entscheidenden Moment in den EU-Chile Beziehungen, denn gerade jetzt gibt es Diskussionen über die Modernisierung des AA und die Aufnahme eines Kapitels über Handel und nachhaltige

Entwicklung, das dem Muster der in jüngster Zeit ausgehandelten Freihandelsabkommen folgt. Der EWSA hofft, dass der GBA aktiv dazu beiträgt und in einem künftigen Abkommen das alleinige Beratungsgremium der Zivilgesellschaft sein wird.

Weitere Informationen finden Sie unter: <http://www.eesc.europa.eu/?i=portal.en.events-and-activities-eu-chile-jcc-01> (mr)

EWSA-Delegation nimmt die Lage von Flüchtlingen mit Behinderungen in Griechenland in Augenschein

Eine Delegation der ständigen Studiengruppe zu den Rechten von Menschen mit Behinderungen des EWSA, der u. a. Ioannis Vardakastanis (Gruppe Verschiedene Interessen – EL), Bernard Noël (BE – Gruppe der Arbeitnehmer) und Dare Stojan (SI – Gruppe Arbeitgeber) angehörten, reiste im Oktober 2016 nach Griechenland, um die Situation von Flüchtlingen und anderen Migranten mit Behinderungen in den Aufnahmezentren auf Lesbos und in Athen in Augenschein zu nehmen. Der Besuch fand mit Unterstützung des griechischen Behindertenverbands statt.



EWSA-Mitglied Ioannis Vardakastanis mit einem behinderten Flüchtling auf Lesbos

In griechischen Flüchtlingslagern leben derzeit 60 000 Personen, von denen die meisten offenbar nach Deutschland oder Schweden weiterreisen wollen; durch die Schließung der Grenzen ist Griechenland jedoch von einem vermeintlichen Durchgangsland zu einem Ort für einen längeren Aufenthalt geworden.

Allerdings liegen zur Anzahl der Menschen mit Behinderungen unter den Flüchtlingen keine Informationen vor.

Nach ihrer Registrierung werden Kinder und Erwachsene mit Behinderungen in offenen Aufnahmezentren und unter den bestmöglichen Bedingungen innerhalb der jeweiligen Einrichtung untergebracht. Es wurden Anstrengungen unternommen, um die Aufnahmezentren, in denen behinderte Flüchtlinge leben, zugänglich zu gestalten. Aber angesichts des hügeligen Geländes und der knappen Ressourcen stellen Mobilität und Barrierefreiheit eine Herausforderung dar. In der Woche vor dem Besuch wurde ein neues Programm auf den Weg gebracht, um Flüchtlingskindern den Schulbesuch zu ermöglichen. Dabei wurde Flüchtlingskindern mit Behinderungen jedoch keine Aufmerksamkeit gewidmet.

Der EWSA wird im Februar 2017 eine Anhörung veranstalten, um anderen EU-Institutionen und einschlägigen Interessenträgern die wichtigsten Ergebnisse dieser Informationsreise zu präsentieren. (mm)

NEUE VERÖFFENTLICHUNG

Die erste EWSA-Broschüre in leichter Sprache für Menschen mit Verständnisschwierigkeiten

Was ist der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss?



Der EWSA hat vor kurzem seine erste Broschüre in leichter Sprache veröffentlicht; diese richtet sich an Menschen mit Verständnisschwierigkeiten aufgrund von kognitiven bzw. geistigen Einschränkungen, aufgrund eines geringen Bildungsniveaus oder auch anderer Probleme, die ihren Zugang zu Informationen beschränken können. In der Broschüre werden der EWSA, seine Funktion, seine Arbeitsweise und seine Aktivitäten in einfacher Form dargestellt. Die klare Sprache, die Typographie sowie die Seitengestaltung entsprechen den in den Leitlinien für eine derartige Publikation formulierten Empfehlungen. Die Broschüre ist unter dem Link <http://www.eesc.europa.eu/?i=portal.en.publications&item-code=41049> erhältlich. Veröffentlicht auf Englisch, Französisch und Deutsch.

Die Rolle der Zivilgesellschaft in der Europäischen Energieunion – Diskussion in Bratislava

Gruppe Verschiedene Interessen

Am 27. Oktober 2016 kam die Gruppe Verschiedene Interessen des EWSA in Bratislava zusammen, um über „Die Rolle der Zivilgesellschaft in der Europäischen Energieunion: Gewährleistung sicherer, nachhaltiger, wettbewerbsfähiger und erschwinglicher Energie“ zu diskutieren.

Neben rund 120 Vertretern der Zivilgesellschaft aus der Slowakei und vom EWSA gehörten zu den Konferenzteilnehmern auch der für die Energieunion zuständige Vizepräsident der Europäischen Kommission, Maroš Šefčovič, sowie Vojtech Ferencz, Staatssekretär im slowakischen Ministerium für Wirtschaft. Bei der Eröffnung der Konferenz forderte der Vorsitzende der Gruppe Verschiedene Interessen, Luca Jahier, alle Beteiligten eindringlich zu einer uneingeschränkten Unterstützung der Energieunion der EU auf, denn sie habe das Zeug dazu, das „grüne“ Äquivalent zu der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl im dritten Jahrtausend zu werden.



Von links nach rechts: Maroš Šefčovič, Luca Jahier und Rudolf Kropil

Für Luca Jahier besteht kein Zweifel daran, dass die Energieunion eine enorme Chance für Wachstum und Beschäftigung in der EU birgt und ein vielversprechendes Instrument der Zusammenarbeit, des Zusammenhalts, der Solidarität und des Vertrauens in Europa ist. Dieser Ansicht war auch Maroš Šefčovič,

der betonte, dass die Energieunion ein europäisches Vorhaben sei, das auf einem breiten Konsens beruhe, und die Zivilgesellschaft, die den Kern der europäischen Gesellschaften bilde, daran mitwirken müsse, eine faire Energiewende, die niemanden benachteilige, sicherzustellen. (cl)

Stärkung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit in Europa: Eine proaktive Handelsagenda – JETZT!



Jacek Krawczyk mit dem US-amerikanischen Botschafter Charles Adams, Signe Ratto (Europäische Kommission, GD TRADE) und Matti Anttonen, finnischer Staatssekretär für Außenwirtschaft

Gruppe Arbeitgeber

Die Rolle des Handels als Motor für Wachstum und Arbeitsplätze ist unbestreitbar, doch wird die Liberalisierung des Handels in der Öffentlichkeit immer negativer wahrgenommen. Die Anliegen der Bürger müssen besser berücksichtigt werden. So lautet eine der Schlussfolgerungen der Konferenz zur *Stärkung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit in Europa: Eine proaktive*

Handelsagenda - JETZT!, die am 26. Oktober in Helsinki stattfand. Die Konferenz wurde gemeinsam von der Gruppe Arbeitgeber im EWSA, dem Verband der finnischen Industrie und der Internationalen Handelskammer Finnlands (ICC) ausgerichtet.

Auf der Veranstaltung wurde u. a. betont, dass Unternehmensverbände die für den freien Handel sprechenden Argumente darlegen müssten, weil man nicht davon ausgehen könne, dass dem Normalbürger

dessen Vorteile klar seien. Auch den Mitgliedstaaten komme hier eine zentrale Rolle zu. Die Mitgliedstaaten sollten der Kommission erst dann ein Mandat zum Aushandeln von Handelsabkommen erteilen, wenn sie darüber intern ausführlich debattiert haben und die nationalen Parlamente dies mittragen. Handelspolitik dürfe nicht zur Geisel nationaler Themen werden. Jedwede Bedenken auf nationaler, ja sogar auf regionaler Ebene sollten viel früher diskutiert werden. Die EU brauche eine proaktive Handelsagenda für die Unternehmen, und die Regulierung solle eine Unterstützung und kein Hindernis für Wirtschaftswachstum sein.

Die Diskussion in Helsinki fand zu einem sehr passenden Zeitpunkt statt, nämlich kurz vor Abschluss der Verhandlungen über das CETA. Nach der endgültigen Einigung über das Abkommen gaben der Vorsitzende der Gruppe Arbeitgeber und die finnischen Mitorganisatoren eine gemeinsame Erklärung ab, in der sie ihre Unterstützung für den freien Handel bekräftigten und erklärten, dass eine breite Unterstützung für den Freihandel von Arbeitgebern und Gewerkschaften möglich sei, sofern die Debatte auf Fakten und Zahlen und nicht auf Mythen und Ängsten basiere. (mp)

Öffentliche Investitionen in Europa: die EU kann und muss mehr tun!

Gruppe Arbeitnehmer

Europa leidet weiterhin unter einem Mangel an Investitionen, der die wirtschaftliche Erholung und den sozialen Fortschritt erschwert. Die Ankurbelung der Konjunktur durch öffentliche Investitionen stand im Fokus der außerordentlichen Sitzung der Gruppe Arbeitnehmer am 30. November. Der Wirtschaftswissenschaftler

Achim Truger präsentierte seine Studie zum Thema *Die Implementierung der Goldenen Regel für öffentliche Investitionen in Europa* und erklärte, dass öffentliche Defizite gerechtfertigt werden können, wenn sie Investitionszwecken dienen. Die Teilnehmer erörterten, wie eine solche Goldene Regel erfolgreich auf EU-Ebene angewandt werden könnte: wenn produktive Investitionen aus den einzelstaatlichen Defizit- und Schuldenzielen ausgenommen werden,

ermöglicht das eine größere Flexibilität im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts.

Darüber hinaus erläuterte Chiara Crepaldi ihre Forschungsarbeit über mögliche Synergien zwischen der Investitionsoffensive für Europa und der Initiative zur europäischen Säule sozialer Rechte als wesentliche Elemente einer neuen Strategie für eine wirtschaftliche und soziale Aufwärtskonvergenz in Europa. Die Teilnehmer betonten, dass die EU dringend ein positives Projekt entwickeln müsse, um gerechte Lebens- und Arbeitsbedingungen für ihre Arbeitnehmer(innen) und Bürger(innen)

KURZ NOTIERT

EWSA-Mitglied Madi Sharma schreibt ein Buch, damit sieben Milliarden Ideen verwirklicht werden können

EWSA-Mitglied Madi Sharma (UK - Gruppe Arbeitgeber) hat ihr Buch *Madi No Excuses!* als Selbstveröffentlichung herausgegeben. Ehemals ein Opfer häuslicher Gewalt, wurde Madi zu einer erfolgreichen Unternehmerin. Nun möchte sie jedem, insbesondere benachteiligten Menschen, dabei helfen, durch Entfaltung seines unternehmerischen Potenzials im weitesten Sinn des Wortes zum Changemaker zu werden. Wie in der EWSA-Stellungnahme *Kreativität und Unternehmergeist als Ausweg aus der Krise* betont wird, hat Unternehmergeist nichts mit Geld oder Geschäftsplänen zu tun, sondern mit Ideen und ihrer



EWSA-Mitglied Madi Sharma mit einer Gruppe aufstrebender Jungunternehmer

Umsetzung. Weitere Informationen finden Sie unter: <http://madisharma.org/noexcuses/> (dm)

EWSA-Mitglied Thierry Libaert untersucht das Thema Umweltkommunikation



EWSA-Mitglied Thierry Libaert (links) bei der Eröffnungsveranstaltung

Am 16. November fand anlässlich der Veröffentlichung des Buchs *La communication environnementale* (Umweltkommunikation), das von EWSA-Mitglied Thierry Libaert (FR - Gruppe Verschiedene Interessen) herausgegeben wurde, eine Podiumsdiskussion in der *INSEC Business School* in Paris statt.

Herr Libaert moderierte die Debatte zusammen mit einigen Personen, die an dem Buch mitgewirkt hatten, und anderen namhaften Rednern.

In dem vom französischen Zentrum für wissenschaftliche Forschung (CNRS) veröffentlichten Buch wird beschrieben, wie sich die Umweltkommunikation seit ihren Anfängen in den 1990er Jahren, als sie nach einer Reihe von Umweltkatastrophen auf den Plan trat, weiterentwickelt hat und wie sie durchgängig Eingang in den wirtschaftlichen und politischen Diskurs fand. Ferner geht es in dem Buch darum, wie die Umweltkommunikation die umweltbezogenen Tätigkeiten, Verfahren und Abläufe einer Organisation beeinflusst und inwiefern sie sich auf das Verbraucherverhalten auswirkt. (dm)

WEIHNACHTSWÜNSCHE

Liebe Leserinnen und Leser,

wir wünschen Ihnen ein frohes Weihnachtsfest und ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2017.

Wir danken Ihnen für Ihr Interesse und freuen uns auf ein neues Jahr voller spannender Herausforderungen und neuer Möglichkeiten, insbesondere dank der Umstellung auf ein neues Online-Format in den kommenden Monaten.

Das EWSA info-Team



sicherzustellen – insbesondere angesichts des zunehmenden Nationalismus und der Herausforderungen des digitalen Zeitalters.

Die Sitzung bot Gelegenheit zur Diskussion über die Fortschritte im Rahmen des von Präsident Juncker initiierten *Pakets zur Förderung von Beschäftigung, Wachstum und Investitionen*. Im Mittelpunkt standen dabei Ideen zur Förderung der Investitionspolitik der EU und die Initiative der sozialen Säule als Instrumente für ein nachhaltiges und integratives Wachstum und als Alternative zur Sparpolitik. (mg)

EWSA info in 23 Sprachen: <http://www.eesc.europa.eu/?i=portal.en.eesc-info>

Redaktionsausschuss:

Alun Jones (Chefredakteur)
Daniela Marangoni (dm)

Beiträge zu dieser Ausgabe von:

Caroline Alibert-Deprez (cad)
Chloé Lahousse (cl)
Daniela Marangoni (dm)
Dilyana Slavova
Jasmin Klotzing (jk)
Katerina Serif (ks)
Margarida Reis (mr)
Margarita Gavanis (mg)
Milen Minchev (mm)
Monica Procopet (mp)
Silvia M. Aumair (sma)

Gesamtkoordinierung:

Daniela Marangoni
Katerina Serif

Redaktionsschluss: 1. Dezember 2016

Anschrift:

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss
Jacques-Delors-Gebäude, Rue Belliard/
Belliardstraat 99, B-1040 Brüssel, Belgien
Tel.: (+32 2) 546 94 76
Fax: (+32 2) 546 97 64
E-Mail: eescinfo@eesc.europa.eu
Internet: <http://www.eesc.europa.eu/>

EWSA info erscheint neunmal im Jahr anlässlich der Plenartagungen des Ausschusses. Die Druckausgaben von EWSA info in Deutsch, Englisch und Französisch sind beim Pressedienst des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses kostenlos erhältlich.

EWSA info kann auch in 23 Sprachen im pdf-Format vom Internetportal des Ausschusses abgerufen werden:

URL: <http://www.eesc.europa.eu/?i=portal.en.eesc-info>

EWSA info ist keine offizielle Berichterstattung über die Arbeit des Ausschusses; diese erfolgt im Amtsblatt der Europäischen Union und in anderen Publikationen des EWSA.

Nachdruck mit Quellenangabe (bei Einsendung eines Belegexemplars an die Redaktion) gestattet.

Auflage: 5 800 Exemplare

Nächste Ausgabe: Januar 2017

GEDRUCKT AUF 100 % RECYCLINGPAPIER

Dezember 2016 / 9



Amt für Veröffentlichungen